

# Bödel und Schied

Von Rudolf Kerner

In der Chemiker-Vollstimmte vom 7. April unternimmt es Bödel in einem längeren Artikel, die Politik der sächsischen Sozialdemokraten gegenüber der Schiedsregierung vor den „Angriffen“ der Rheinischen Zeitung, in der Solmann gegen die Sachien losläßt, zu verteidigen. Solmann schreibt: Die sächsischen Sozialdemokraten unterstützen die Schiedsregierung, die gegen die Einführung des zollfreien Getreideverkehrs den Einspruch der reaktionären thüringischen Regierung unterdrückt habe und tolerieren also genau wie die Reichsregierung eine reaktionäre Regierung.

So ist nicht das erste Mal, daß die Rheinische Zeitung eine solche Distinktion mit Bödel führt. Schon bei der Auseinandersetzung über den Panzerkreuzer schrieb die Rheinische Zeitung: „Eine besondere Grundlosigkeit können wir den Chemikern rühen, die mit ihnen in aller Freundschaft lagen, nicht zuzuerkennen. Die sächsische Regierung stimmte im Reichsrat für die Panzerkreuzer. Hat ihr etwa die sächsische Landtagsfraktion ob dieses Verbrechens das Vertrauen entzogen? Nein, unsere lieben Sachien haben flugweise gegen die Militärkommission der Kommunisten gestimmt und so eine Panzerkreuzerregierung gegen die Kommunisten im Amt festgehalten. Das ist genau die Politik unserer Reichsregierung, die auch nur, um schlimmeres zu verhüten, die Regierung Brüning heißt.“

Darauf schrie damals die Chemiker-Vollstimmte: „Am nächsten befindet sich die Rheinische Zeitung in einem fatalen Irrtum. Die Regierung Schied in Sachien kann nämlich gar nicht von der Sozialdemokratie gestützt werden, da sie nur eine geschäftsführende Regierung ist, jetzt sie durch die Sozialdemokratie im sächsischen Landtag gestützt wurde.“

Durch den angenommenen Auflösungsantrag vor der Neuwahl des Landtages wurde damals die Regierung Schied gestürzt. Auch damals hat die SPD nicht ernsthaft gegen Schied gekämpft, die Wahlen nicht mobilisiert, und jetzt dem hat sich diese SPD zur letzten und in die letzten Stadien der Schiedsregierung zuwenden. Das liegt vor dem damals eingebrachten Auflösungsantrag (wobei noch beigefügt sein mag, angenommen wurde damals von mehreren gleichzeitigen Anträgen der Antrag der Landtagsfraktion), wozu die Haupt die Stände der Schiedsregierung. Als nach der Neuwahl die Bourgeoisie die SPD nicht in die Regierung nahm, erschlossen sich dann die SPD-Führer, die Regierung Schied über alle Klümpen hinweg offen zu tolerieren. Am stärksten zeigte sich dies bei den Auseinandersetzungen über die Haltung der Regierung bei der Getreidezollangelegenheit und beim Etat. Hier hatte die SPD zweimal Gelegenheit, die Regierung in Fall zu bringen. Beide Gelegenheiten ließ die SPD ungenutzt.

Denn Bödel bemüht sich nun im Schwelge seines Angehörs, nachzuweisen, wenn zwei das gleiche tun — nämlich Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion der SPD eine reaktionäre Regierung unterstützen — dann ist dies nicht das selbe.

Ob die formell selbe Handlung das selbe ist, entscheidet, von welchen Motiven sie ausgeht, zu welchem Zweck sie geführt wird, zu welchem Ergebnis sie führt. Hier, in den Handlungen der sächsischen Landtagsfraktion und denen der thüringischen Reichstagsfraktion der SPD führt sie zu dem gleichen Ergebnis, zur Unterstützung einer reaktionären Regierung. In beiden Fällen ist auch die Begründung dieselbe. Bödel erklärt, man muß verstehen, daß die Nationalsozialisten an die Regierung kommen, das selbe erklärt Bödel. In beiden Fällen wird die Politik der Bourgeoisie (eine Politik der schamlosen Reaktion) durchgeführt und in beiden Fällen führen die Regierungen, die diese Politik durchführen, sich auf Sozialdemokraten, in beiden Fällen sind die Wahlen der Arbeitenden und Erwerbslosen die Betroffenen. So ist Bödel bemüht, das Gegenteil nachzuweisen, es bleibt das selbe.

Solmann schreibt in der Rheinischen Zeitung, daß die Sachien die reaktionäre Schiedsregierung unterstützen, daß die sächsische Landtagsfraktion mehrere Militärkommissionen gegen die Regierung Schied abgelehnt habe, womit beweisen sei, daß sie nicht so reaktionär Sachien gar keine andere Politik treiben würden als auch die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Tolerierung heißt Tolerierung, ob in Dresden oder in Berlin! Herr Bödel martelliert darauf den Hais. Er erklärt, er sei erschrocken über so viel Unschicklichkeit. Wenn man auch sprachlos wäre — man könnte sagen, man sei erschrocken über so viel Demagogie und Unwahrscheinlichkeit wie sie Bödel aufbringt. Den Streit der beiden Brüder mit gleichen Köpfen konnten wir uns belächeln anziehen, doch gilt es die erste Gefahr den Arbeitern zu zeigen, die diese Demagogie in sich birgt. Das ist hier um so notwendiger, weil die Bödel und Komparten sich den Arbeitern geben, als wollen sie die Reichspolitik „ändern“. Das Antifaschistische an Bödel's Ausführungen ist aber, daß er seine Verleumdung damit beginnt, daß er die reaktionäre Schiedsregierung in Schutz nimmt. Er erklärt:

„Schon die Werbung der SPD, daß die sächsischen Reichstagsfraktionen in der Getreidezollfrage den Ausschlag gegeben hätten, ist eine glatte Unwahrheit. Der Einspruch ist mit 10 gegen 11 Stimmen angenommen worden, neben dem Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten handelte u. a. auch die der meisten preussischen Abgeordneten. Bis heute hat das Preussische Reichstag die Reichspolitik nicht bestritten. Mehrere Mal, zu sagen, weshalb.“

Schon nur an — besser Verteidiger kann sich die reaktionäre Schiedsregierung nicht suchen, als sie sie hier in Herrn Bödel gefunden hat. Und so werden erfahren die Leser der Vollstimmte, daß die SPD-Führer die Arbeiter schamlos belügen hat, wenn er mittelste, daß die preussische Regierung keinen Einspruch gegen die Getreidezollangelegenheit erhoben, sondern daß die Mehrheit der preussischen Stimmen für den Einspruch war.

Fisher haben auch die sächsischen Zeitungen den Betrag des SPD-Führers wieder mitgemacht. Die Blaue Weltzeitung schrieb:

„Könniglich die preussische Regierung setzte sich dafür ein, daß der Beschluß des Reichstages die Zustimmung des Reichsrates findet.“

Wie aber erklären sich die sozialdemokratischen Arbeiter die Verteidigung der Schiedsregierung durch Bödel und im Gegenzug dann folgende Ausführungen der Blaue Weltzeitung:

„So ist erst kurze Zeit her, daß von Chemnitz aus der Schied „Sachien braucht Arbeit“ die Welt durchschallte, wobei die Regierung Schied aus lebhafteste Zustimmung. Aber dieser Schied wird zu einer Auflage gegen Sachien selbst, wenn dessen Regierung in den Spuren jener wandelt, die durch ihren Agrarpolitik die deutschen Export in allen Agrarländern der Welt einen Stachel vorhält. — Die Haltung der Regierung Schied bleibt nur so zu erklären, daß sie der Reaktion einen Vorwand zu geben und ihre Anschließlichkeit vor den Nationalsozialisten befehlen sollte.“

Und im sächsischen Landtag schlug Raupach gegen die Schiedsregierung folgende Töne an:

„Wir haben den Antrag gestellt, der sich ... mit der eigentümlichen, ich möchte fast sagen, professorischen Haltung der Regierung beschäftigt ... Immer, wenn im Reichstag ein Beschluß gefaßt wird, der nur halbwegs den Forderungen und Wünschen der arbeitenden Schichten entspricht, dann kommen alle die reaktionären Regierungen des gesamten Deutschen Reichs und erklären im Reichstag ihre Unzufriedenheit. Die Kräfte die das sächsische Volk unter der Regierung Schied geht aber weiter ... Die Getreidezollfrage wird von der Regierung Schied benutzt, um zu zeigen, daß sie doch im Etat Sachien schlichtet.“

Was charakteristisches Verhalten der reaktionären Regierung ... Das selbe des sächsischen Volkes ... Des selbes Raupach zu den Sachien geworden. Jetzt erklärt Bödel, es ist ja unwohl, wenn man behauptet, die sächsische Regierung sei schuld an der Getreidezollfrage.

Dann erklärt Bödel, im Landtag sei noch ein Militärkommissionen abgelehnt worden, weil das nicht möglich sei gegen die

Regierung Schied. Richtig, aber dafür stand der Auflösungsantrag und die Staatsabstimmung!

Bödel erklärt, eine abermalige Auflösung sei doch zwecklos, es komme nichts Besseres heraus. Aber das ist eben dieselbe Melodie, die Bödel und Solmann zur Erklärung „Tolerierung“ anstimmt. Man hätte die Regierung bei der Staatsabstimmung hinaus jagen können. Jedoch da stimmte die SPD für den Etat. Nach dem Etat ist Schied. Herr Bödel erklärt, diese Zustimmung war nur formell — mit Verfaß — weshalb „formell“, weil Herr Schied sonst ohne Etat regiert hätte? Richtig, aber da kann Bödel auch sagen, die Zustimmung zum Reichsetat war nur formell, weil Herr Brüning sonst noch selber mit dem Artikel 48 regiert hätte. Die Zustimmung zum Etat war nicht „formell“, sie war eine ganz konkrete, praktische Unterbrechung der reaktionären Schiedsregierung. Herr Bödel macht daraus eine Heldentat — er habe der Regierung Schied 15 Millionen Reichsmark für die Bekämpfung des Arbeitslosenstandes abgetrennt. Nur gemäß, die Politik der „kleinen Konzeptionen“, das ist die grundsätzliche Politik der Bödel und Solmann. Auch sie haben „abgetrennt“ — 60 000 Tonnen Getreide — 3 Millionen für Kindererziehung — 1 000 000 für die Bekämpfung des Arbeitslosenstandes — bis im Reichsrat. Herrn Bödel's Truhantentum liegt — bei den Alten im Reichsrat. Die Regierung, die die Arbeitslosen Bekämpfung und die Winterhilfe nicht durchführte, sie wird auch diesen Antrag nicht durchführen, das ist alles, was bei Herrn Bödel's „harter Nerv“ herauskommt.

Da aber, wo Herr Bödel eine Zustimmung zu ein paar Sozialdemokraten „forderte“, haben die bürgerlichen Parteien ihn höflich abgelehnt und sind nach Hause gegangen.

## Graupe entlarvt die „Linken“ und sich selbst

Der Einpellier des SPD-Parteivorstandes

Der ehemals „linke“ SPD-Abgeordnete Graupe-Zwizkau, der sich bei den Panzerkreuzer-Entscheidungen der SPD mehr und mehr als bewusster Stützpunkt der Parteiführer entlarvt hat, ist durch die Empörung der SPD-Mitglieder seines Reichstages zu unter Druck geraten, daß er in einem eiligen, doch aber recht grob geschriebenen Artikel die „Neu“ angeht, und dabei ganz offen den Standpunkt des Herrn Bödel bezieht. Er verteidigt alles — „Tolerierung“ der Regierung, Panzerkreuzer und Wehrtausbau, lobt die Scheinsozialisten, zitiert Bonarroti und Leipziger Volkszeitung, Otto Bauer, Vandervelde, den französischen Reichstagsabgeordneten Grumbach — kurz, der ehemals „radikale“ Arbeitsminister der Sozialdemokratie entpuppt sich als ein echter Panzerkreuzer-Verfechter. Dabei kann sich allerdings Herr Graupe zu keiner Verteidigung recht anschaulicher Argumente über Prinzipienlosigkeit bedienen. Er stellt nämlich die ganze Verlogenheit der angeblich „konsequenten“ Haltung der sogenannten „Linken“ fest. Er entwirft, daß auf einer Konferenz der SPD-Redaktion am 26. März auch die sich besonders „sozial“ gebührenden Redaktoren der Volkszeitung für das Vorgehen der Parteipolitik zugestimmt und die Kritik an ihrer Haltung in der „Praxis“ ohne weiteres abgewiesen haben. Graupe verleiht damit schon dem Scheinbild von der „linken Opposition“ auf dem kommenden Reichstagskongress. Wörtlich erklärt er:

„Zweifellos da noch ein Parteigenosse, daß der Reichstagskongress am 31. Mai mit überzogener Mehrheit die Gesamtpolitik der Reichstagsfraktion billigen wird?“

Dieses politische Scharfmachertum kommt zur rechten Zeit, um die auf die „linke Opposition“ ihre Hoffnung lebenden rebellierenden SPD-Arbeiter vor Illusionen zu warnen, daß man viele Panzerkreuzerpartei noch irgendwie in reaktionärem Sinne „reformieren“ könne. Graupe verteidigt seine Prinzipienlosigkeit und seinen Verrat weiterhin mit der Rückgrifflichkeit und Verlogenheit der sogenannten „Neu“, indem er schließt: Die „Neu“

Nur armelige Karren können so etwas dann — wie es Herr Bödel macht — als „selbstbewußte Politik“ bezeichnen. Nein, das ist Rotkehlchen für die Reaktion und Betrug an den Arbeitern. Man mußte den Etat abhaken, man mußte dadurch aufzeigen, daß die Arbeiterkraft mit aller Kraft und Energie kämpfen muß gegen Schied. Das selbe galt von der Auflösung des Landtags. Bekämpfung der außerparlamentarischen Kampfbewegung und Mißbrauch des Reichstages. Die Bödel und Komparten aber führen Schied parlamentarisch und versuchen, die Arbeiter außerparlamentarisch an Schied zu binden.

So ist die sozialdemokratische sächsische Landespolitik mit der Reichspolitik absolut identisch — und Bödel's verunglückter Gegenbeweis ist nur ein Beweis für die Richtigkeit unserer Feststellungen. Im Reich wie in Sachien „tolerieren“ die SPD-Führer nicht nur, sondern unterstützen und betreiben sie die Politik der Reaktion. Diese Unterstützung zeigt sich in Sachien in den letzten Tagen in auch allgemein und offensichtlich in der konstanten Weigerung Bödel's, den Landtag einzuberufen zur Stellungnahme gegen die Disziplinarordnung Hindenburgs. Bödel verfährt dabei nach dem Grundsatze des Bonarroti: „Die SPD wird dem Gefährder nicht in den Arm fallen.“

Die Arbeiterkraft muß das erkennen und sich darüber klar sein, daß nur der entschiedene außerparlamentarische Kampf die Arbeiterkraft befreit, diesen Kampf können sie aber nur führen, wenn sie sich befreien auch von den Führern der SPD, von den Herren Brüning und Schied.

Entstehen sich am 8. Dezember der Stimme bei der Abstimmung über die „verbesserte“ Konzeption der Regierung, weil viele „Verbesserungen“ ihnen zu gering erschienen. Drei Tage später haben dann dieselben „Neu“ alle Anträge, die eine Aufhebung der Verhältnisse ... forderten in momentlicher Abstimmung niedergelassen. Graupe fragt:

„Ist das konsequent? Haben die Neu sich durch diese Abstimmung nicht selber ... politisch unmöglich gemacht?“ Und weiter führt Graupe an:

„Am 6. Dezember haben die Neu sich auch an der Abstimmung bei den Militärkommissionen gegen die Regierung bis auf einen nicht beteiligt. Eine von den Neu hatte sich mit der Reaktion die Militärkommissionen abgelehnt.“

Am 7. Februar, also zwei Monate später, stimmte die Reichstagsfraktion geschlossen, einschließlich der Neu, sowie sie nicht durch Krankheit erkrankt waren, gegen die vorliegenden Militärkommissionen. Graupe fragt:

„Ist das konsequent? Haben die Neu sich durch diese Abstimmung nicht selber ... politisch unmöglich gemacht?“ Und weiter führt Graupe an:

„Am 6. Dezember haben die Neu sich auch an der Abstimmung bei den Militärkommissionen gegen die Regierung bis auf einen nicht beteiligt. Eine von den Neu hatte sich mit der Reaktion die Militärkommissionen abgelehnt.“

Der Vertreter Graupe zeigt also seinen „Kritikern“ mit gleicher Milde heim. Klaus Zwickling „antimilitarisch“ nimmte sein keine Kollegen Graupe, indem er mit seinem Worte auf die Ansetzung der Intelligenz der „Linken“ eingetretet; dafür erklärt:

... die Wehrregimentierung ist die schlimmste Ausbeuterregimentierung, die wir je hatten.“

In derselben Nummer der Volkszeitung für das Vorgehen, in der er diese treffende Feststellung macht, bringt er die offiziellen SPD-Bericht über die Behinderung der Wehrregimentierung der Disziplinarordnung durch die SPD und zwar ohne ein Wort Kommentar! Das ist die treffende Situation für die rechte Praxis der „Linken“! Nur durch den Bruch auch mit diesen verlogenen Demagogen werden die Hoffenbewussten SPD-Arbeiter den Weg ihrer Befreiung beschreiten können. Dieser Weg aber ist der Weg der roten Einheitsfront mit der KPD!

## Landtagseinberufung erneut gefordert

Die SPD verlangt Aufhebung des Schied-Diktats über Etat 1931

Die SPD-Fraktion hat folgendes Schreiben an den Präsidenten des Landtages, Wedel, gerichtet:

„Sie haben auf unsere Forderung nach Einberufung des Landtages keinwortlich, daß sie den Landtag nicht einberufen, weil Abänderungen des Verfassungsausschusses bestehen. Ihr Schreiben soll den Eindruck erwecken, als seien diese Abänderungen bindend und zurecht, als seien die Kommunisten an diesen Abänderungen beteiligt. Selbes ist unrichtig aber zum mindesten irrig. Nach der Feststellung in der letzten Sitzung des Landtages hat der Präsident die Berechtigung, die nächste Sitzung einzuberufen und die Tagesordnung festzusetzen. Jemehr wir hier noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß der Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion in der Sitzung des Verfassungsausschusses, in der über die Regelung der Wehrregimentierung gesprochen wurde, ausdrücklich betonte, daß sich die SPD vorbehaltlos bei Einberufung des Landtages angeschlossen hat.“

„Zweiter Teil der Abgeordneten es verlangt, der Landtag zusammenzutreten muß. Würde die SPD-Fraktion, deren Mitglieder sie sind sich der Forderung der SPD anschließen, müßte der Landtag zusammenzutreten. Die reaktionären Maßnahmen der Reichs- und Landesregierung rückförmigen die Forderung der SPD vollständig.“

Die SPD-Fraktion hat folgendes Schreiben an den Präsidenten des Landtages, Wedel, gerichtet: Sie haben auf unsere Forderung nach Einberufung des Landtages keinwortlich, daß sie den Landtag nicht einberufen, weil Abänderungen des Verfassungsausschusses bestehen. Ihr Schreiben soll den Eindruck erwecken, als seien diese Abänderungen bindend und zurecht, als seien die Kommunisten an diesen Abänderungen beteiligt. Selbes ist unrichtig aber zum mindesten irrig. Nach der Feststellung in der letzten Sitzung des Landtages hat der Präsident die Berechtigung, die nächste Sitzung einzuberufen und die Tagesordnung festzusetzen. Jemehr wir hier noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß der Vertreter der kommunistischen Landtagsfraktion in der Sitzung des Verfassungsausschusses, in der über die Regelung der Wehrregimentierung gesprochen wurde, ausdrücklich betonte, daß sich die SPD vorbehaltlos bei Einberufung des Landtages angeschlossen hat.“

„Zweiter Teil der Abgeordneten es verlangt, der Landtag zusammenzutreten muß. Würde die SPD-Fraktion, deren Mitglieder sie sind sich der Forderung der SPD anschließen, müßte der Landtag zusammenzutreten. Die reaktionären Maßnahmen der Reichs- und Landesregierung rückförmigen die Forderung der SPD vollständig.“

Wir ersuchen deswegen nochmals dringend, den Landtag in den nächsten Tagen einzuberufen. Wir ersuchen Sie, auf die Tagesordnung dieser Sitzung unsere Anträge auf Aufhebung der Disziplinarordnung, Aufhebung der Rationalschulden und andere Polizeianträge zu setzen.“

Ferner fordert die SPD in einem Antrag, daß der Beschluß der Schiedsregierung, den Etat 1931 durch Artikel 44 zu billigen, aufgehoben wird.

## Waffenfund bei Zalkmiten!

(Arbeiterkorrespondenz 783)

Vor einer Woche, am 2. April, wurden in Zalkmiten bei Kottbus (Bez. Dresden) bei dem Freiwilligenführer W. K. Oberleitner, Vorkämpfer des Militärschwerts und Kampfbefehlshaber, sechs Waffen gefunden, und zwar 6 Gewehre, 1 Kisten Munition, 1 Kisten Schwarzpulver und 1 Kisten Schießblei. Wertmäßig ist das Fundament hat man bis heute davon weder in offiziellen Polizeiberichten noch in den öffentlichen Blättern, einschließlich Dresdener Volkszeitung, gesehen!

## Wahltag der KPD

Schwarz wurde das Ergebnis der Gemeindevorwahlen in Kottbus bekannt. Die kommunistische Partei errang 155 Stimmen (1930: 124, 1929: 97), die Zentrumspartei erhielt 187 Stimmen (1930: 118, 1929: 158), die Sozialdemokratie 88 Stimmen, die SPD konnte keine Stimme aufweisen. Gegenüber den Gemeindevorwahlen von 1929 verlor das Zentrum 1 Mandat, die kommunistische Partei gewann ein Mandat.

In den weltlichen Schulen Braunschweig hat ein Schulstreik begonnen. Der weltliche Elternrat hat den Streik erklärt als Protest gegen die Entlassungen dienstlicher Lehrer. In der Stadt Braunschweig traten 3000 Schulkinder.

„Jugendliga“ vom 31. März teilt mit, daß für die Reichsregierung der Gesamtetat am 25. März bereits 61,1 Prozent des Jahresprogramms bereitgestellt worden sind.

## Genosse Roehl befreit

Der bei einem Grenzübertritt in der Tschekoslowakei verhaftete und nach dem Strahligen Gefängnis überführt kommunistische Stadtvorordnete Max Roehl aus Hallein L. E. ist mit Hilfe einer Anzahl tschechischer und sächsischer Jungkommunisten ausgetrieben und wohlbehalten wieder über die Grenze nach Sachien gelangt.

„Arbeiter Notruf“ vom 1. April teilt mit, daß nach den vorläufigen Ziffern 124 Wechsler Großunternehmungen des Landesprogramms vorzeitig erreicht und überhritten haben. Das erste Quartal des dritten entscheidenden Jahres des Fünfjahresplans hat einen vollständigen Sieg auf die ganze Linie gebracht.

In Chicago wurde an Stelle des bisherigen Bürgermeisters Thompson (Republikaner) der Demokrat Carmel gewählt. Der Unterschied zwischen einem Demokraten und einem Republikaner liegt nur im Namen; beide sind Werkzeuge des Großkapitals und der bekannten Chicagoer Verbrechertümpel.

In Finnland ereignet sich ein Korruptionsfall ungeheurer Ausmaße. Einer der Führer der sozialdemokratischen Partei, der frühere Innenminister Ikonen, hat große Summen unterschlagen.

In der Tschekoslowakei findet jetzt ein Boykott statt. In dem die Mitglieder des kommunistischen Abgeordneten Genossen Stern gegen den sozialdemokratischen Justizminister Dr. Rejchert über Korruption zur Sprache kommen. Genosse Stern erhebt gegen Wechsler schwarze Demagie, die mit Transaktionen zusammenhängen.